

Ulrike Eifler

**NEOLIBERALE GLOBALISIERUNG UND
DIE ARBEITERBEWEGUNG IN CHINA**

Auszug

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISBN-10: 3-89821-748-5

ISBN-13: 978-3-89821-748-4

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2007

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Printed in Germany

3. Die Arbeiterproteste der Gegenwart

Die Niederschlagung der Demokratiebewegung und die Verfolgung führender Köpfe der Arbeiterbewegung unmittelbar danach hatte mitnichten zu einem Niedergang der Arbeiterbewegung geführt. Im Gegenteil: Die Situation in China fast zwei Jahrzehnte nach dem 4. Juni ist ausgesprochen „*explosiv*“, wie ein Mitarbeiter des Katholischen Arbeiterkomitees in Hongkong es formulierte (vgl. Reeve/ Xi 2000, 30). Und die Seiten des *China Labour Bulletin*⁸⁵ sind voll mit Artikeln über aktuelle Arbeitskämpfe in China.

⁸⁵ Das *China Labour Bulletin (CLB)* wird seit 1994 von Arbeiteraktivisten herausgegeben, die infolge der Demokratiebewegung 1989 im Hongkonger „Exil“ leben. Von dort aus versuchen sie, In-

Den Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit zufolge haben bis zum Jahr 2000 die Konflikte in Unternehmen aller Eigentumsstrukturen drastisch zugenommen und verteilen sich prozentual wie folgt.

„Of the 327.152 that officially occurred, 24.2 percent were in SOEs, 20 percent in so-called collectively-owned enterprises, 15,5 percent in foreign-invested enterprises and 14 percent in private Chinese-owned companies. These statistics represent the continuation of a spectacular increase in disputes that began in the early 1990s” (Pringle 2002).

Offizielle Statistiken über die Anzahl von Arbeiterprotesten gibt es erst seit dem Jahre 2004. Demnach kam es 2004 zu 74.000 Protesten. 2005 waren es bereits 87.000 (Zhang 2006, 101). Als direkte Folge der Umstrukturierungskonzepte der Parteiführung kommt es am häufigsten in den staatseigenen Unternehmen zu Protesten, da die Arbeiter entweder von Massenentlassungen bedroht waren oder monatelang keinen Lohn erhielten. Recherchen des *China Labour Bulletin* zufolge soll es im Jahr 2000 insgesamt Lohnrückstände von über 4,5 Mrd. Dollar gegeben haben, wobei die Dunkelziffer im Bereich der Schwarzarbeit in dieser Zahl noch nicht einmal eine Berücksichtigung findet (*Wildcat-Zirkular*, Nr.64, Juli 2002). Dies führte zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter. *„Überall, wo es Staatsfabriken gibt, kommt es zu Auseinandersetzungen“*, konstatiert Han Dongfang und verweist damit auf den Unmut, der durch die Reform der Staatsbetriebe hervorgerufen wird (*junge Welt*, 28.09.2002).

Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes resultiert vor allem aus der Tatsache fehlender Sicherungssysteme. Die soziale Absicherung, die an den Arbeitsplatz in einem Staatsunternehmen gekoppelt ist, geht mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verloren. *„Wenn du den Job verlierst, verlierst du alles“*, fasst Han Dongfang die Dramatik des Arbeitsplatzverlustes zusammen (*SoZ – Sozialistische Zeitung*, 5/ 1998). Die soziale Brisanz zeigt sich auch immer deutlicher daran, dass im Verlaufe der 90er Jahre auf fast jeder Demonstration die Forderung nach Nahrung erhoben wurde.⁸⁶ Ein

formationen über die Arbeitsbedingungen und die Proteste der chinesischen Arbeiter zusammenzutragen und auf ihrer Website auch für Außenstehende zugänglich zu machen. Darüber hinaus bieten sie eine Rechtsberatung bei Arbeitsstreitigkeiten oder starten Kampagnen zur Freilassung von verhafteten Streikführern. Der prominenteste Vertreter des *CLB* ist Han Dongfang.

⁸⁶ 1997 protestierten die Arbeiter der Shanxi-Textilfabrik in Taiyuan. Nachdem sie 10 Monate lang keinen Lohn bekommen hatten, organisierten sie eine Kundgebung vor dem Rathaus mit Plakaten, auf denen stand: *„Wir wollen essen“*. Obgleich nur 30 von mehreren tausend Arbeitern der Fabrik

junger Arbeiter aus einem staatseigenen Unternehmen fragte noch Ende der 90er Jahre:

„Jiang Zemin had said that the most pressing human rights question in China is the need to feed everybody. But now laid-off workers' rice-bowl has been threatened. Doesn't that mean that they have lost their basic human rights?“ (China Labour Bulletin, 28.02.1999).

Aus Angst vor politischer Instabilität wurden die Beschäftigten der Staatsbetriebe nicht alle auf einmal entlassen, sondern scheinbarweise. In den späten 90er Jahren fielen Millionen Arbeiter in das „*xiangang*-Programm“. Entlassene Arbeiter bekamen für drei Jahre den so genannten „*xiangang*-Status“. Während dieser Zeit wurden sie weiter als Angestellte geführt, mussten allerdings nicht zur Arbeit erscheinen und erhielten auch nur ein Drittel ihres Lohnes. Der *xiangang*-Status war vielfach gekoppelt an falsche Versprechungen. Sie sollten wieder eingestellt werden, wenn es der Firma besser ginge. Als das nicht geschah, verloren Millionen Arbeiter nach den drei Jahren ihre Arbeit und damit auch alle Vergünstigungen, die im Rahmen des *danwei*-Prinzips an den Arbeitsplatz gekoppelt waren (Munro/ Zhang 2006, 98).

Dieser Prozess von Umstrukturierungen wie Privatisierungen, Fusionen und Insolvenzen ist seit 2003/ 2004 nahezu abgeschlossen. Die Zahl der Arbeitskämpfe – für bessere Abfindungen und die Auszahlung der Rentenansprüche – ging etwas zurück. Im Gegenzug wuchs die Zahl der Proteste der ländlichen Wanderarbeiter. „*Sie bilden die zweite häufige Protestform*“ (ebd). Sie kämpfen vorrangig für die Auszahlung ihrer Löhne, einen höheren Stücklohn und die Bezahlung der Überstunden. Zeng Fanguo, ein Wanderarbeiter aus Zhuhai, beschreibt, wie sich auf „seiner“ Baustelle Widerstand an der Arbeitszeit und den Lohnabzügen „*wegen nichts und wieder nichts*“ entzündete (zit. Reeve/ Xi 2000, 38). Die Antwort des Unternehmers waren Lohnabzüge, Einschüchterungsversuche durch Wachleute („*Rowdys, die bereit waren, dir eine zu verpassen.*“ [ebd]) und als auch das nichts nützte, die bewaffnete Polizei,

„... die sofort zum Äußersten gegriffen hat. Da wir nur hundert Leute waren, haben sie uns mit dreihundert Mann und Panzerfahrzeugen umzingelt und auf einmal das Feuer auf uns eröffnet. Dann haben sie mit Kolbenhieben die Baustelle gesäubert. Es gab sechs Tote und mehrere Dutzend Verletzte. Alle, denen es nicht gelungen war zu fliehen, wurden verhaftet und monatelang eingesperrt“ (41).

an den Protesten teilgenommen hatte, wurde der Straßenverkehr durch die Aufmerksamkeit Hundertter Schaulustiger beeinträchtigt (*Far Eastern Economic Review*, 26.06.1997).

Der Widerstand in den Wirtschaftssozialzonen wird dadurch erschwert, dass ein Großteil der Arbeiter aus den ländlichen Gebieten kommt. Für sie ist die Arbeit trotz schlechter Bezahlung eine soziale Aufwertung. Darüber hinaus werden ganz bewusst Arbeiter verschiedener Herkunftsorte in den Fabriken eingesetzt, um die Verständigung und damit die Solidarisierung zu erschweren.⁸⁷

Die Entwicklung der chinesischen Arbeiterbewegung nach ihrer Niederschlagung 1989 verlief jedoch mitnichten linear. Vielmehr lassen sich verschiedene Momente mit voneinander abweichender Intensität beobachten, die sich grob in drei große Phasen unterteilen lassen.

Die **erste Phase** lässt sich in etwa auf die Zeit von 1989 bis 1994 datieren (*China Labour Bulletin*, 28.02.1999). In diesen 5 Jahren haben systemkritische Arbeiter und Angehörige der Intelligenz mehrfach den subversiven Versuch unternommen, aus dem Untergrund heraus unabhängige Gewerkschaften zu gründen, die jedoch sofort zerschlagen wurden und sich nicht in der chinesischen Arbeiterklasse zu verankern vermochten (Bauer 1995, 215f). Parallel dazu gab es jedoch eine Zunahme ökonomisch motivierter Proteste. So berichtet SCHELL, dass nach der verstärkten betrieblichen Umstrukturierungswelle von 1992/ 93 die Unzufriedenheit unter den Arbeitern zugenommen hatte. In Ermangelung einer kollektiven Organisation hatten sich jedoch immer häufiger vereinzelte Arbeiter an ihrer Unternehmensführung gerächt und Sabotageakte an den Produktionsanlagen verübt:

„Ein Angestellter, der von einem Bankdirektor wegen Unfähigkeit entlassen worden war, hatte Berichten zufolge einen Molotowcocktail auf dessen Haus geworfen. Eine Zahnpastafabrik, die ihre Personalpolitik auf westliche Normen umgestellt hatte, musste einen ihrer Fahrer entlassen, der daraufhin seinen Chef erschoss. Und eine Frau in einer Uhrenfabrik in Tianjin hatte sich aus Protest mit Benzin übergossen und verbrannt, als mehrere tausend ihrer Kolleginnen von einem Tag auf den anderen entlassen wurden“ (Schell 1995, 534).

Doch die Unzufriedenheit entlud sich nicht nur in den Protesten wütender Einzelpersonen. *„In den Jahren 1992 und 1993 führten Tarifkonflikte überall im Land immer wieder zu Arbeitsniederlegungen und wilden Streiks“ (ebd).*

⁸⁷ Insgesamt sieben verschiedene Dialekte werden in den einzelnen Regionen Chinas gesprochen. Die Dialekte sind so unterschiedlich, dass eine Verständigung ohne Zuhilfenahme der Hochsprache nicht möglich ist. Darüber hinaus sind noch ca. 60 Minderheitensprachen in Gebrauch. Das Hochchinesisch (*putonghua*) spricht nur, wer eine Schulausbildung hat.

Ab 1994 haben Streiks und Demonstrationen – einem Bericht der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften zufolge – noch einmal deutlich zugenommen (*China Labour Bulletin*, 28.02.1999), was die Frage nach einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung vermehrt in den Mittelpunkt schob,⁸⁸ die Trennung zwischen den ökonomisch motivierten Kämpfen der Arbeiter und der politisch motivierten und hauptsächlich subversiv agierenden Bewegung zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften jedoch nicht überwinden konnte. Beide Stränge der Arbeiterbewegung – der ökonomische und der politische – liefen völlig unverbunden nebeneinander her.

Die **zweite Phase** setzte ab 1996/ 97 ein, als die trennende Linie zwischen den ökonomisch motivierten Demonstrationen gegen die Privatisierung und den politisch motivierten Aktionen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zu verwischen begann. „*More by coincidence than by design*“ (*China Labour Bulletin*, 17.08.2001).

Auslöser war der XV. Parteitag der KPCh im September 1997. Vor dem Hintergrund rückläufiger Gewinne und Steuerzahlungen der Staatsunternehmen, die den Staatshaushalt durch einen steigenden Subventionsbedarf immer stärker belasteten, wurde eine verstärkte Privatisierung von mittleren und kleinen Staatsunternehmen sowie die Umstrukturierung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften oder ihre Fusion zu Unternehmensgruppen beschlossen. Die Folge dieser Reform war eine verstärkte Entlassungswelle, welche die städtische Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen ließ.⁸⁹ Vor diesem Hintergrund stieg auch die Zahl der Proteste arbeitsloser Arbeiter. Die Statistik des Büros für Öffentliche Sicherheit gibt (übereinstimmend mit einer Reihe anderer Untersuchungen) die Anzahl von Arbeitskonflikten (Streiks, Demonstrationen, vor allem aber Arbeitsrechtsstreits) für das Jahr 1998 mit über 200.000 an (ebd).

Einer Analyse im *China Labour Bulletin* zufolge wiesen diese Konflikte einen im Wesentlichen defensiven Charakter auf, was sich in zwei grundlegenden Punkten widerspiegelt. **Zum einen** handelte es sich mehrheitlich nicht um Streiks, sondern um gerichtliche Klagen, Petitionen oder kollektive Demonstrationen von nicht mehr als 300 Arbeitern. Darüber hinaus lassen sich für diese Zeit kaum Impulse beobachten, die die Demonstrationen in größere, betriebsübergreifende Proteste zu verwandeln

⁸⁸ So haben beispielsweise sogar intellektuelle Dissidenten wie Wang Dan oder Wei Jingsheng angefangen, die Rolle der Arbeiterklasse als Akteur in politischen Bewegungen zu betonen (*China Labour Bulletin*, 28.02.1999).

⁸⁹ Im *China Labour Bulletin* wird von 20 Prozent gesprochen (vgl. *China Labour Bulletin*, 17.08.2001).

versuchten.⁹⁰ **Zum anderen** kommt der defensive Charakter der Proteste dieser Phase auch in dem relativ „sanften“ Umgang durch die Regierung zum Ausdruck. So hatte die KPCh die lokalen Regierungen angewiesen, jegliche Aktionen zu vermeiden, die zu einer Ausweitung der Proteste führen könnten. Gewaltsam eingeschritten wurde dagegen immer dann, wenn es zur Gründung unabhängiger Arbeiterorganisationen kam (ebd).

Die **dritte Phase** begann mit den Arbeitskämpfen im Frühjahr 2002 in Daqing und Liaoyang, die als „*die größten Protestaktionen von Arbeitern in der Geschichte der Volksrepublik*“ betrachtet werden können (China aktuell, März 2002). Drei Monate lang hatten fast 80.000 Arbeiter in Daqing (50.000) und Liaoyang (30.000) protestiert und damit ein neues Kapitel in der Geschichte der chinesischen Arbeiterbewegung aufgeschlagen.

In Daqing entzündete sich der Protest am 1. März 2002 an der Kürzung von bereits zugesagten Abfindungszahlungen, die das Unternehmen PetroChina etwa 80.000 Arbeitern im Rahmen einer betrieblichen Restrukturierungsstrategie in Aussicht gestellt hatte. Ferner weigerten sich die betroffenen Arbeiter, eine Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge hinzunehmen, die ihnen abverlangt wurde. Innerhalb von wenigen Tagen war die Zahl der demonstrierenden Arbeiter, die vor die Erölbehörde zogen und diese blockierten, auf 50.000 angestiegen. Und bereits in den ersten Tagen entstand das „Provisorische Gewerkschaftskomitee der von der Erdölbehörde abgebauten Arbeiter“, um die Aktionen besser koordinieren zu können.

Fast zeitgleich kam es am 11. März in Liaoyang zu ähnlichen Protesten, an denen sich etwa 30.000 Personen verschiedener Fabriken aus dem Leichtindustrie- und Maschinenbaubereich beteiligten. Die Arbeiter demonstrierten vor dem Gebäude der Stadtregierung gegen Massenentlassungen und forderten die Zahlung ausstehender Löhne. Angaben des Hongkonger Informationszentrums zufolge sollten „*die Löhne in einigen Fällen seit [...] 18 Monaten nicht ausbezahlt worden sein*“ (ebd). Darüber hinaus forderten die Arbeiter den Rücktritt des Vorsitzenden des städtischen Volkskongresses und Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses Gong Shangwu. Sie verlangten, dass er die Verantwortung für die mangelhafte und ineffiziente Arbeit ü-

⁹⁰ Wie überall gibt es auch hier Ausnahmen. So waren es vor allem die Bergarbeiter, die bei der Stilllegung einer Vielzahl von Minen nicht kampfflos zusahen. So wurde 1999 ein drei Tage andauernder Protest von 20.000 Bergarbeitern in der Provinz Liaoning durch die VBA unterdrückt, weil die Kumpel – Berichten zufolge – bereits die Stadt übernommen hatten. (vgl. *China Labour Bulletin*, 17.08.2001).

bernehme, die das lokale Parlament im Hinblick auf den Schutz der Arbeitnehmerrechte und Kontrolle der Regierungsarbeit in den letzten Jahren geleistet habe. Auch in Liaoyang hatten die Arbeiter eine unabhängige Gewerkschaft gegründet, was auch hier die Koordination der Proteste erleichtern sollte. So wurde zum Beispiel Geld gesammelt, um älteren und behinderten Kollegen die Taxifahrt zu den Kundgebungen zu finanzieren (*Wildcat-Zirkular*, Nr. 64, Juli 2002).

Während der Unruhen in Liaoyang und Daqing kam es im ganzen Land zu Streiks und Protesten in anderen staatseigenen Betrieben: So besetzten noch in der zweiten Märzhälfte in Fuchun und Fuxin (Provinz Liaoning) jeweils rund 3.000 Bergleute Eisenbahnlinien, um gegen ausbleibende Gehalts- bzw. Pensionszahlungen zu protestieren. Die Proteste wurden mit Polizei und paramilitärischen Einheiten aufgelöst. Auch gegen die Streikposten einer Textilfabrik in Guangyuan (Provinz Sichuan) – ebenfalls in der zweiten Märzhälfte – gingen Sicherheitskräfte gewaltsam vor. Ein Dutzend Streikende wurden festgenommen. Anfang April wurde aus Dongguan (Provinz Guangdong) und aus Guiyang (Provinz Guizhou) von Unruhen berichtet, an denen sich jeweils über tausend Personen beteiligten. In Dongguan protestierten Arbeiter einer Spielzeugfabrik gegen Entlassungen und ausstehende Gehaltszahlungen, in Guiyang Pensionäre einer Stahlfabrik gegen unzulängliche Sozialleistungen (*China aktuell*, April 2002).

Die Behörden reagierten mit „*Zuckerbrot und Peitsche*“: Die Zahlung der ausstehenden Löhne wurde versprochen. Darüber hinaus sollten die Korruptionsvorwürfe gegen Manager des Eisenwerks in Laoyang überprüft werden. Parallel dazu wurde immer wieder mit Gewalt gegen die Demonstranten vorgegangen und die Streikführer verhaftet. Fünf Monate später, Ende September 2002, resümiert Han Dongfang in einem Interview das Ergebnis der Proteste:

„Die großen Streiks in Liaoyang und Daqing sind vorbei. Die Arbeiter und ihre Vertreter versuchen aber noch, die Freilassung der verhafteten Streikführer zu bewirken. Die Löhne und Renten wurden immer noch nicht ausbezahlt“ (*junge Welt*, 28.09.2002).

Im März wurden Yao Fuxin und Xiao Yunliang, zwei führende Streikführer, wegen „*Untergrabung der Staatsmacht*“ zu sieben und vier Jahren Haft verurteilt (*junge Welt*, 12.05.2003).

„*The 2002 outbreak of workers protests marks a watershed*“, versucht LEUNG die Bedeutung der Proteste zu charakterisieren (*China Labour Bulletin*, 05.06.2002). Und

tatsächlich ist ein Bruch im Vergleich zu den vorausgegangenen Phasen der Protestbewegung zu beobachten. In der Zeitschrift *China aktuell* wird diese Neuartigkeit der Protestpunkte in 5 Punkte gefasst:

- die hohe Zahl der an den Protesten Beteiligten (bis 50.000) und die lange Dauer der Proteste;
- die Koordination von Arbeitern aus mehreren Fabriken (in Liaoyang angeblich aus über zwanzig Fabriken);
- die offensive Gründung von unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen durch Initiative von unten, mit Anspruch auf Legitimität der Arbeiterinteressenvertretung (Daqing und Liaoyang);
- die Politisierung der Arbeiterinteressen, die sich nicht nur in der Provokation des parteistaatlichen Organisationsmonopols durch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften, sondern auch in der Kritik an der Aufgabenverfehlung des Volkskongresses (Liaoyang) äußert;
- schließlich die Tatsache, dass internationale Nichtregierungsorganisationen und Medien die Vorgänge in China regelmäßig verfolgen und eine relativ dichte Berichterstattung leisten bzw. die Proteste gegen die chinesischen Behörden aufnehmen – ein Umstand, der in China selbst gewisse Feedback-Effekte erzeugen dürfte (*China aktuell*, März 2002).

Mit diesen Arbeiterprotesten hat sich die chinesische Arbeiterbewegung einen entscheidenden Schritt nach vorn gewagt. Sie hat eine weitere kollektive Erfahrung gemacht und die zwei Stränge von ökonomisch motivierten Protesten und politischer Organisation am Arbeitsplatz vorübergehend miteinander verknüpft und damit ein höheres Level von Arbeiterorganisation erreicht. Mit einem Querverweis auf die 20er Jahre stellt LEUNG die Proteste 2002 in die kurze Tradition emanzipatorischer chinesischer Arbeiterbewegung und arbeitet die Besonderheit durch die Unterstreichung der Unterschiede heraus:

„The 2002 spring protests are still a far cry from mass strikes by thousands of dock and railway workers in Canton, Shanghai and Beijing in the 1920s and 1930s, which delivered the first Chinese labour movement. But these early labour struggles of the 20th century were primarily nationalist struggles. The 21st century labour movement takes shape as a defensive and class-specific struggle for the rights to defend their work and livelihoods in the face of privatization and globalization, the chinese

labour movement has that at last found common ground with the democratic labour movements around the world” (Leung 2002).

MUNRO und ZHANG verweisen auf eine weitere Entwicklung in den letzten Jahren: Sie berichten von Arbeitern, die „*beginnen, über höhere Löhne und Vergünstigungen hinaus zu denken*“ (Munro/ Zhang 2006, 100). Immer häufiger gehe es in den Arbeitskämpfen vorrangig auch um die Frage einer unabhängigen Gewerkschaft. Ein Beispiel ist die japanische Unident Fabrik, die tragbare Telefone für den Hausgebrauch produziert. Monatelang hatte es eine Kampagne zur Bildung einer Gewerkschaft gegeben. Dann wurde unter mysteriösen Umständen der Hauptorganisator festgenommen. Die Antwort war ein Streik von etwa 16.000 Arbeitern, bei dem die Forderung nach einem unabhängigen Streik zum wichtigsten Thema wurde (ebd).

Mit 87.000 hat sich die Zahl der Streiks in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Doch nicht nur die Quantität der Arbeitskämpfe hat zugenommen, sondern auch die Qualität. Immer häufiger geht daher die Regierung mit Gewalt gegen die Arbeiter vor. Solange die Proteste lediglich auf ökonomische Reformen beschränkt bleiben, reagiert der Staat mit Zuckerbrot und Peitsche, einer Strategie und begrenzten Zugeständnissen und der Verhaftung von Streikführern.

Weiten sich die Proteste jedoch aus und kommt es zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften, werden sie mit Gewalt niedergeschlagen. 1999 griffen einige tausend Polizisten eine Demonstration von Papierarbeitern in Anhui an, und im Februar 2000 lieferten sich 20.000 Bergarbeiter aus Liaoning drei Tage lang eine Schlacht mit der Polizei (Hore 2004, 41).

Vor allem die Gründung unabhängiger Gewerkschaften soll verhindert werden. Die Parteiorganisationen in allen Großunternehmen sind strengstens angewiesen, unter allen Umständen zu verhindern, dass autonome Arbeitervertretungen in den Unternehmen Fuß fassen. Noch immer sitzt den Regierenden die Angst von 1989 im Nacken, als im Verlaufe der Studentenproteste der Autonome Arbeiterverband Beijing innerhalb von nur wenigen Tagen über 20.000 Mitglieder verfügte und nah daran war, die Machtfrage zu stellen.

Deshalb existieren in China nach wie vor so genannte Umerziehungslager, die auch im Umgang mit Arbeiteraktivisten und Streikführern zur Anwendung kommen. Nicht selten finden sich Arbeiter auf Empfehlung ihres Arbeitgebers vor dem Komitee zur Verhängung von Umerziehungsstrafen wieder und werden ohne Prozess mit Begründungen wie „*störte die Arbeitsdisziplin, suchte unbegründet Ärger oder störte den*

Produktionsablauf“, drei Jahre lang in ein Arbeitslager geschickt (Pringle 2002). Oder aber es kommt zu tätlichen Angriffen auf Arbeiter, wie im Falle von Beijing. Dort wurden – Berichten des *China Labour Bulletin* zufolge – im Februar 2002 36 Bauarbeiter von angeheuertem Schlägern brutal zusammengeschlagen, weil sie ihr Geld verlangten (*China Labour Bulletin*, 19.02.2002).

Entscheidend ist nun die Frage, nach der Existenz einer landesweit zusammenhängenden Arbeiterbewegung in China. Der Druck der Regierung auf streikende Arbeiter ist eine Schwierigkeit. Viel gravierender allerdings sind die strukturellen Probleme der chinesischen Arbeiterklassen. 25 Jahre Reform- und Öffnungspolitik haben die sozioökonomischen Verhältnisse in China umgekrempelt und zur Entstehung einer völlig neuen Arbeiterklasse in China geführt. Sie hat nicht nur – wie oben bereits dargestellt – nominell an Masse zugenommen, sondern sich in sozialer wie politischer Hinsicht verändert. Die Stilllegung von Staatsbetrieben und die Ansiedelung ausländischer Investoren haben zu strukturellen Verschiebungen vom Primär- in den Sekundärsektor geführt. Parallel dazu entstand der Tertiärsektor, der von der Regierung zusätzlich stimuliert wurde, um Millionen von freigesetzten Arbeitskräften aufzufangen und den sozialen Sprengstoff aus der Reformpolitik zu nehmen. So wurden im Rahmen eines Wiederbeschäftigungsprogrammes 1.300 Berufsbildungszentren, 4.000 Arbeitsämter und 50.000 Arbeitsvermittlungszentren eingerichtet, in denen 4,3 Millionen neue Stellen geschaffen wurden (Rocca 1999).⁹¹

Diese Politik führte dazu, dass die Erwerbstätigen im Primärsektor inzwischen nur noch 49,8 Prozent an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ausmachen und damit Sekundär- und Tertiärsektor zusammengenommen erstmals in der Geschichte Chinas geringfügig größer sind. Noch 1978 betrug der Primärsektor 69,55 Prozent und damit das Zweieinhalbfache von Sekundär- und Tertiärsektor (Peters 2002a, 105).

Doch auch das Entstehen dieser beiden Sektoren konnte nicht verhindern, dass eine direkte Folge der Reformpolitik ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einhergehend eine verheerende Zunahme der Armut in den Städten war. So leben nach regierungsinternen Quellen 34 bis 40 Millionen Städter und damit 10 Prozent der Stadtbevölkerung in einkommensschwachen Familien. Gleichzeitig führte die Reform- und Öffnungspolitik zu einem gewaltigen Anwachsen des informellen Sektors, der sich hauptsächlich auf die südchinesischen Wirtschaftszone kon-

⁹¹ Neben 8,7 Millionen Menschen, die in 34.000 Institutionen zur Erleichterung der Stellensuche eine neue Arbeit vermittelt bekamen, absolvierten 3 Millionen Personen ein Berufspraktikum (Rocca 1999)

zentriert. Dort sind die Arbeiter frühkapitalistischen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt, die einen deutlichen Bruch zu den durch Überbeschäftigung geprägten Staatsbetrieben aus der Zeit vor der Öffnungsperiode darstellen. Da der Großteil der Arbeitskräfte sich aus landflüchtigen Bauern rekrutiert, ist die Arbeitergeneration in den Wirtschaftssonderzonen obendrein recht jung.

Was sich im Verlaufe der 90er Jahre vollzog (und immer noch vollzieht) waren demnach gigantische soziale Auflösungsprozesse, die nicht nur zu Instabilität und Polarisierung führten. Vor dem Hintergrund mächtiger sektoraler Verschiebungen kann vereinfacht gesagt werden, dass die „*alte Arbeiterklasse [...] einer neuen Arbeiterklasse gegenüber[steht]*“ (Rocca 1999). Während sich die „alte“ Arbeiterklasse überwiegend aus den Industriearbeitern in den Staatsbetrieben rekrutiert, besteht die „neue“ Arbeiterklasse vor allem aus den jungen Arbeitsmigranten in den exportorientierten Industriezweigen. Strukturell ist damit die Arbeiterklasse in China sozial, räumlich und nicht zuletzt historisch fragmentiert.

Sozial fragmentiert ist sie deshalb, weil sie aus zwei großen Teilmengen besteht. Auf der einen Seite stehen die Industriearbeiter, die seit zwei bis drei Generationen über ein Industriearbeiterbewusstsein verfügen. Die Produktion im Kollektiv eines Großbetriebes bestimmt auch eine kollektive Kampfform. Der Großteil der Industriearbeiter ist demnach gewerkschaftlich organisiert. Die Umstrukturierungsprogramme brachten für einen Großteil der Industriearbeiter den sozialen Abstieg mit sich. Ihr Kampf richtete sich vor allem gegen Entlassungen oder für ausstehende Löhne.

Ihr gegenüber stehen die Arbeitsmigranten aus den Exportindustrien. Sie sind erst seit wenigen Jahren (und auch nur für wenige Jahre) in den kollektiven Produktionsprozess integriert. Ihre Wurzeln sind bäuerlich. Insofern ist auch ihr politisches Bewusstsein geprägt von der individuellen Produktionsweise der Bauern. Daher sind sie kaum gewerkschaftlich organisiert. Die Armut hat sie in die Produktion getrieben, die mit einem – unter welchen Bedingungen auch immer – sozialen Aufstieg verbunden ist. Ihr Kampf richtet sich in erster Linie gegen ausstehende Löhne, Überstunden und fehlenden Arbeitsschutz.

Ob diese beiden proletarischen Teilmengen zu einer Masse verschmelzen, hängt in erster Linie von ihrer Solidarisierungsfähigkeit ab. Dem steht neben den unterschiedlichen Traditionen und Kampffeldern vor allem auch die **regionale** Fragmentierung im Wege. Die „alte“ Arbeiterklasse konzentriert sich im Wesentlichen in den Großstädten, wohingegen die neuen Arbeitsmigranten überwiegend in den Küstenprovinzen und am Perlflossdelta anzutreffen sind.

Eine weitere Schwierigkeit sind die **historischen** Erfahrungen. Die einzige gesellschaftliche Schicht, die über Jahre hinweg von den Reformen profitiert hat, waren die Bauern. Demzufolge waren die Bauern auch die einzige gesellschaftliche Gruppe, die sich nicht an den Protesten 1989 beteiligt hat. Wenn wir davon ausgehen, dass die Demokratiebewegung aus dem Jahre 1989 ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte der chinesischen Arbeiterklasse war, dann fehlt insbesondere dem „neuen“ Teil der Arbeiterklasse diese kollektive Erfahrung.

Vor allem fehlt aber eine landesweite unabhängige Organisation, die für die politische Verallgemeinerung von Kämpfen und Vernetzung mit anderen Protesten argumentieren könnte. Branchengewerkschaften und betriebsübergreifende Tarifverhandlungen könnten zum Verständnis über die Notwendigkeit einer solchen Organisation beitragen

ibidem-Verlag

Melchiorstr. 15

D-70439 Stuttgart

info@ibidem-verlag.de

www.ibidem-verlag.de

www.edition-noema.de

www.autorenbetreuung.de